

Diplomatische Gegenmaßnahmen der Sowjets erwartet

CDU: Das Amt für Umweltschutz ist ein Prüfstein in der Berlin-Politik

Von unseren Korrespondenten

DG./Co. Berlin/Bonn, 20. Dezember

Nicht nur bei den Botschaftern der Westmächte in Bonn haben die Sowjets — wie berichtet — ihre Bedenken gegen das geplante Bundesamt für Umweltschutz in

Berlin vorgetragen. Auch in West-Berlin halten sowjetische Diplomaten alliierten und deutschen Gesprächspartnern das angeblich vertragswidrige Verhalten Bonns vor.

Dabei wollen die Sowjets ihr bisheriges Vorgehen nur als Kritik verstanden wissen. Erst wenn das Kabinett in Bonn den Gesetzentwurf über die Errichtung der neuen Behörde mit Sitz in Berlin beschließt, werde die Sowjetunion formellen Protest bei den westlichen Signatarstaaten des Viermächteabkommens und bei der Bundesregierung erheben. Außerdem behalte sich der Kreml noch massivere Gegenmaßnahmen vor, wird von sowjetischer Seite angedeutet.

Bundesinnenminister Genscher, dessen Ressort das Amt zugordnet wird, ohne daß sich daraus die von den Sowjets befürchteten direkten Exekutivbefugnisse des Bundes in Berlin ergeben, hat bereits einen Mitarbeiterstab eingesetzt, der in Berlin die Errichtung der Behörde vorbereitet.

Bis zum März nächsten Jahres soll der Vorbereitungsstab auf 84 Mitarbeiter vergrößert werden. Im Bundesetat 1974 sind 272 Planstellen für das Bundesamt vorgesehen.

Mit Gelassenheit hat der Berliner Senat die sowjetischen Attacken gegen die Errichtung des Bundesamtes für Umweltschutz in Berlin zur Kenntnis genommen und zugleich die Zuversicht geäußert, daß die Bundesregierung Anfang nächsten Jahres eine für Berlin positive Entscheidung fällen wird.

Der Chef der Senatskanzlei, Senatsdirektor Herz, sagte am Donnerstag gegenüber der WELT, durch die Vertagung des Beschlusses im Bonner Kabinett ergebe sich keine neue Situation. Alle zuständigen Stellen hielten an ihrer

Entschlossenheit fest, die neue Bundesbehörde Anfang nächsten Jahres in Berlin anzusiedeln. Zugleich bekräftigte Herz, die Konstruktion des Amtes stehe im vollen Einklang mit dem Viermächteabkommen.

Der Berliner SPD-Fraktionsvorsitzende Haus erklärte, die Vertagung der Kabinettsentscheidung bedeute keine Tendenzwende. „Daran, daß dieses Bundesumweltschutzamt in Berlin errichtet wird, kann, darf und wird sich nichts ändern“, fügte Haus mit Nachdruck hinzu.

Für die Berliner FDP sagte ihr Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, Oxfort, die FDP vertraue darauf, daß es bei der politischen Grundsatzentscheidung der Bundesregierung bleibe. „Wir haben keinen Zweifel daran, daß dieses Bundesumweltschutzamt seinen Sitz in Berlin erhält.“

Nachdrücklich forderte der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Lummer die Bundesregierung auf, eine „schnelle und saubere Entscheidung“ im Interesse Berlins zu fällen. Dies sei notwendig, um Fehlinterpretationen und Mißverständnisse auszuräumen. Nur mit dem Votum für Berlin könne die Bundesregierung ihr ramponiertes Ansehen wieder aufbessern.

Zugleich hob Lummer hervor, mit der Errichtung des Amtes in Berlin verhalte sich die Bundesregierung vertragskonform. Die Haltung der Westalliierten in dieser Angelegenheit sei eindeutig positiv. Es habe keine Notwendigkeit bestanden, die formelle Kabinettsentscheidung wieder zu vertagen.

Der Vorsitzende des Innerdeutschen Bundestagsausschusses, von Wrangel (CDU), betrachtet das Bundesamt für Umweltschutz als „Prüfstein für die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland und die Westmächte den immer massiveren Drohungen der Sowjetunion und der DDR eine eigene offensive Strategie entgegensetzen werden.“ Wrangel nahm damit am Donnerstag in Bonn zu dem unveränderten Widerstand Moskaus gegen die Errichtung des Bundesamtes in West-Berlin Stellung.

Die Bundesregierung hatte den Gesetzentwurf über das Umweltschutzamt am Mittwoch noch nicht verabschiedet, um der westalliierten Antwort auf den letzten Protest der Sowjetunion nicht vorzugreifen. Wrangel bezeichnete es als richtig, daß die Bundesregierung an ihrer Entscheidung festhalte, den Sitz des Umweltschutzamtes nach Berlin zu legen. Richtig sei auch, daß dies in allen Einzelheiten mit den Verbündeten abgestimmt sein müsse. Gleichzeitig forderte der Ausschußvorsitzende, Bonn sollte jetzt gemeinsam mit den Verbündeten auf eine klare Auslegung des Viermächteabkommens dringen. „Die Unklarheiten und Mißverständnisse, die bewußt von der Sowjetunion und Ost-Berlin produziert werden, müssen unverzüglich beseitigt werden.“

Wrangel zog aus dem sowjetischen Widerstand die Schlußfolgerung, „daß die ständigen Attacken der DDR gegen die Berlin-Präsenz des Bundes und die Forderung, diese Berlin-Präsenz abzubauen, von der Sowjetunion gestützt werden, ja, daß Moskau sich diese Politik zu eigen macht.“